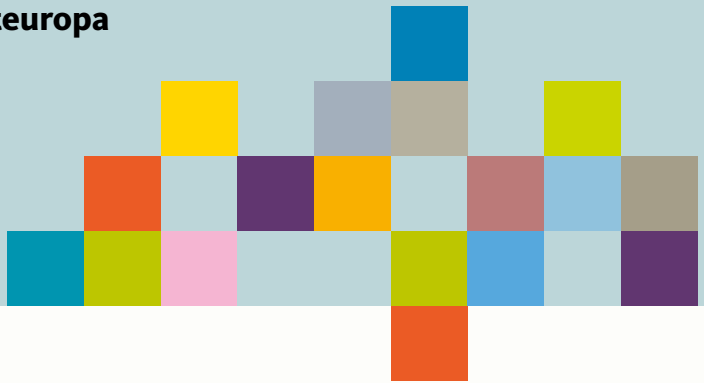


1989 UND DIE ZUKUNFT EUROPAS

**Ambivalenzen und
Herausforderungen demokratischer
Transformation in
Mittel- und Osteuropa**



**5. – 7. JULI 2023
BERLIN-BRANDENBURGISCHE
AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN**

Gefördert durch:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

BEGRÜßUNG

Irina Scherbakowa & Joachim von Puttkamer
Staatsminister Carsten Schneider

WELCOME

Initiated by:

 **IMRE KERTÉSZ KOLLEG JENA**  **FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA**



EINLEITUNG	S. 2
BEGRÜßUNG UND EINFÜHRUNG Staatsminister Carsten Schneider, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland	S. 4
EINFÜHRUNG IN DIE TAGUNG Prof. Dr. Joachim von Puttkamer	S. 6
PODIUMSDISKUSSION In welchem Europa wollen wir leben?	S. 8
PANEL 1 Widerstreitende Freiheitsideen	S. 10
PANEL 2 Gerechtigkeit und Ökonomie in der Transformation	S. 12
PANEL 3 Streit um den Rechtsstaat	S. 14
PANEL 4 Kulturkämpfe in der Demokratie	S. 16
GESPRÄCH Ostdeutsche Erfahrungen – jenseits von Apologie und Desinteresse	S. 18
LESUNG & GESPRÄCH Tanja Maljartschuk im Gespräch mit Kateryna Rietz-Rakul	S. 20
PANEL 5 Krieg, Nation und Gedächtnisverschiebung	S. 22
PANEL 6 War Deutschland zu selbstsicher?	S. 24
PANEL 7 Herausforderungen und Dilemmata demokratischer Wehrhaftigkeit	S. 26
ZUKUNFTSZENTRUM	S. 28
TEILNEHMER:INNEN	S. 34



EINLEITUNG

Das Jahr 1989 markiert im öffentlichen Gedächtnis den friedlichen Untergang der staatssozialistischen Diktaturen in Ostdeutschland und im östlichen Europa, und den abrupten Beginn beschleunigten gesellschaftlichen Umbruchs in nahezu allen Lebensbereichen. Europa war 1989 nicht nur in diesen Ländern auch ein unverhofftes Versprechen: Frieden, Demokratie und Prosperität für den ganzen Kontinent. Gilt dieses Versprechen noch? Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt die zurückliegenden drei Jahrzehnte in ein neues Licht. So unterschiedlich die Länder des ehemaligen Ostblocks die Herausforderungen der Transformation gemeistert haben, so sehr stellt sich die Frage nach den historischen Grundlagen für eine gemeinsame Antwort auf Russlands Völkerrechtsbruch. Gemeinsam mit Staatsminister Carsten Schneider hat das Imre Kertész Kolleg in Kooperation mit Dr. Irina Scherbkova und Prof. Dr. Volkhard Knigge das Konzept der hier dokumentierten Tagung entwickelt.

Das Imre Kertész Kolleg versammelte vom 5.–7. Juli 2023 Europäerinnen und Europäer aus Kultur, Politik und Wissenschaft in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, um in sieben Sektionen die letzten 30 Jahre des demokratischen Wandels schlaglichtartig zu rekapitulieren und sie auf ihre Relevanz für die Zukunft Europas im Licht aktueller politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen zu befragen.

Die Tagung war dabei in zwei Hauptteile gegliedert. Den ersten Teil bildete die historisch informierte, aber interdisziplinär ausgefächerte zeitdiagnostische Erkundung der (ost-)europäischen Situation. Zwei Leitfragen lagen diesem Teil zugrunde. Wie weit tragen die Motive, Erfahrungen und Werte, wenn wir gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und die auf Ausgleich bedachte Austragung politischer Konflikte nicht als glücklich errungene und gesicherte Zustände, sondern als gelebte und stets gefährdete Prozesse verstehen? Wie lassen sich die Transformationsprozesse und -erfahrungen in einen breiteren Horizont drängender gesellschaftlicher Konflikte und akuter politischer Herausforderungen stellen? Angesichts der sich zuspitzenden Polarisierung liberaler und illiberaler Wertvorstellungen und Freiheitskonzepte, angesichts der Kluft zwischen sozio-ökonomischer Mitgestaltung und Teilhabe und formaler staatsbürgerlich-demokratischer Souveränität und Partizipation der Einzelnen, angesichts politisch bzw. kulturalistisch begründeter Aufkündigung universalistischer Werte, fokussierte die Konferenz exemplarisch vier Brennpunkte, nämlich die Komplexe widerstreitende Freiheitideen, Gerechtigkeit und Ökonomie, Streit um den Rechtsstaat und Kulturkämpfe in der Demokratie. Gemeinsam ist ihnen, dass diese Brenn-

punkte sowohl mit dem Ziel der Festigung und Vertiefung nationalstaatlicher wie gesamteuropäischer Demokratie und Identität politisch und gesellschaftlich bearbeitet werden können wie auch zu gegenteiligen Zwecken. In dieser Hinsicht steht Europa hier trotz 1989 an einem Scheideweg. Die damit verbundenen Konsequenzen galt es auszuleuchten – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Kumulation globaler Krisen einschließlich des Klimawandels und seiner Auswirkungen.

Der zweite Teil der Konferenz nahm in den Blick, wie der russische Krieg gegen die Ukraine unsere Sicht auf die demokratischen Auf- und Umbrüche von 1989, auf die Auflösung der Sowjetunion und die sich anschließenden Transformationen verändert hat. Infrage stand, ob insbesondere Deutschland bisher zu blauäugig und selbstsicher agiert hat, welche Folgen der Krieg für die Neuformatierung und Akzentuierung des europäischen Gedächtnisses – bzw. der (nationalstaatlichen) Gedächtnisse und Geschichtspolitiken – als einer Ressource demokratischer Selbstversicherung und Orientierung hat und vor welchen Herausforderungen und Dilemmata die Wehrhaftigkeit der Demokratie sowohl in Bezug auf illiberale, antidemokratische politische und gesellschaftliche Bestrebungen im Inneren wie gegenüber Angriffen von außen steht.

Die Instabilität demokratischer Ordnung in Europa bekräftigt erst recht die Bedeutung einer Auseinandersetzung mit den ambivalenten Wirkungen und Nachwirkungen der demokratischen Umbrüche von 1989 auf unsere Gegenwart und Zukunft. Im Dialog, vor allem und gerade auch mit unseren ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Partnern, erweist sich der Blick zurück als wesentlich für die Gestaltung der Schritte nach vorn.

Wir danken dem Referat ‚Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation‘ im Stab des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, insbesondere Michael Marten und Anja Spiller, sowie Staatsminister Carsten Schneider für die gelungene Kooperation und die Finanzierung dieser weit gefächerten Tagung.

**JOACHIM VON PUTTKAMER, IRINA SCHERBAKOWA,
VOLKHARD KNIGGE**



BEGRÜßUNG UND EINFÜHRUNG

REDEAUSZÜGE

**STAATSMINISTER CARSTEN SCHNEIDER,
BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG
FÜR OSTDEUTSCHLAND**

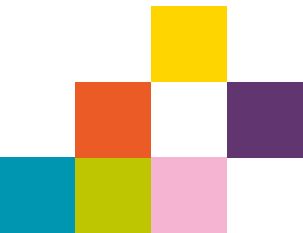
Diese Konferenz bildet den Auftakt für die Vernetzung der klügsten und interessantesten Köpfe Mittel- und Osteuropas. Und: Diese Konferenz eröffnet den Debattenraum Zukunftszentrum. Diese Konferenz soll aber auch ein Forum sein, um nachzudenken. Nachzudenken über die europäische Zukunft im Lichte des ukrainischen Freiheitskampfes [...]

Zwischen den Erfahrungen der Ostdeutschen und der Menschen in Mittel- und Osteuropa gibt es jede Menge Gemeinsamkeiten. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Transformationszeit der 1990er. Und doch hat jedes Land, jede Person eine eigene Geschichte und eigene Erfahrungen. Das zeigt uns: Wenn wir aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen wollen, müssen wir die Geschichte differenziert betrachten [...]

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine stellt Putin den Frieden, die Freiheit und die politische Ordnung in Europa in Frage. Viele Deutsche – auch ich – wollten bis kurz vor dem 24. Februar nicht glauben, dass Russland wirklich so weit gehen könnte. Zu lange haben wir die Warnungen unserer Freundinnen und Freunde in Polen, Litauen und anderen Staaten überhört. Ihr Sicherheitssensorium haben wir nicht ernst genommen [...]

Umso mehr begrüße ich, dass wir heute und in den kommenden Tagen über die Zukunft Europas sprechen – explizit aus der Perspektive der eher jüngeren Mitglieder der Europäischen Union. Im Dialog mit Wissenschaftlerinnen, Künstlern sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft fragen wir nach den Ambivalenzen und Herausforderungen demokratischer Transformation nach 1989 und deren Bedeutung für die aktuelle Politik. Es gibt derzeit kaum spannendere und kaum wichtigere Themen.





EINFÜHRUNG IN DIE TAGUNG

REDEAUSZÜGE

PROF. DR. JOACHIM VON PUTTKAMER

Im gesamten östlichen Europa ging die Demokratie mit tiefen sozialen Umwälzungen einher, nach dem ersten Weltkrieg genauso wie in der kurzen Phase nach 1945, und erneut in den 1990er Jahren. Der dritte Aufbruch zur Demokratie fand im östlichen Europa nach 1989 unter anderen gesellschaftlichen Vorzeichen statt als 1918 oder 1945. Demokratie war diesmal nicht die natürliche Antwort auf katastrophale Kriegserfahrungen, sondern auf die Erfahrung von Diktatur und Einparteienherrschaft [...]

Die Friedlichen Revolutionen von 1989 und die darauffolgenden Transformationen im östlichen Europa, Carsten Schneider hat es eben gesagt, können zwar durchaus als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Darauf sollten wir uns jedoch nicht ausruhen. Denn in den Ländern selbst wird diese Erfolgsgeschichten seit längerem durchaus auch kritisiert. Diese Kritik sollten wir ernst nehmen. Sie gehört zum Fragehorizont unserer Tagung [...]

Demokratie ist im östlichen Europa nicht weniger traditionsreich als im Westen. Sie war aber von Beginn an weniger selbstverständlich. Demokratie war und ist im östlichen Europa zunächst eine radikale Antwort auf unmittelbare Krisenerfahrungen. Sobald diese Kriegs- und Krisenerfahrungen verblassen, verblasste auch die Demokratie.

Vielleicht lassen sich im östlichen Europa jene Nahtstellen klarer beobachten, ohne welche die Demokratie auch im Westen zu zerfallen droht: das soziale Versprechen neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, die Lösung aus Gewalt, das Erleben subjektiver Handlungsmacht, der Sitz im Alltag, Erwartungen an das Recht. Der Blick auf solche Nahtstellen scheint mir wichtiger zu sein als die Suche nach demokratischen Narrativen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt lässt sich nicht herbeierzählen [...]



PODIUMSDISKUSSION IN WELCHEM EUROPA WOLLEN WIR LEBEN?

Das Podium diskutierte die normativen Voraussetzungen zukunftsgerichteter Transformation. Was lässt sich aus den politischen und gesellschaftlichen Transformationserfahrungen seit den 1990er Jahren lernen und wo stehen wir heute? Können wir uns ein demokratisches Russland als selbstverständlichen Teil Europas überhaupt noch vorstellen?

ANDREAS WIRSCHING, MÜNCHEN
IRINA SCHERBAKOWA, MOSKAU / JENA
KAROLINA WIGURA, WARSCHAU / BERLIN
HENRI DE BRESSON, PARIS

MODERATION
JOACHIM VON PUTTKAMER, JENA

Die Panelisten reflektierten über Irrtümer und Fehlannahmen der Vergangenheit. Die westliche Erwartungshaltung, dass die ostmitteleuropäischen Gesellschaften und auch Russland nachholende, gleichförmige Demokratisierungsprozesse durchlaufen würden, an deren natürlichem Ende liberale Demokratien entstünden, hat sich so nicht erfüllt. Vielleicht war sie naiv. Diese Erwartung eines demokratischen Universalismus traf auf die unerwartete Rückkehr von Nationalismus. So sehr die Gesellschaften des östlichen Mitteleuropas in die Europäische Union strebten, blieb nationale Souveränität eine zentrale Größe, bisweilen entscheidender als die Staatsform selbst. Auch wurde die autoritäre Entwicklung in Russland im östlichen Europa früher und vor allem illusionsloser als im Westen registriert. War der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine für viele Menschen im Westen ein singuläres Ereignis, so war er für die Länder im Osten ein Prozess, der bereits mit dem ersten Krieg in Tschetschenien (1994 bis 1996) begonnen hatte und der die Befürchtung mit sich trug, dass man das nächste Opfer sein könnte. Mit Blick in die Zukunft stellten die Panelisten fest, dass eine Aufarbeitung der Geschichte von der Gesellschaft allein nicht zu leisten ist. Es braucht Institutionen – Institutionen, die gestärkt werden müssen. Die Sensibilität für die historischen Erfahrungen ostmitteleuropäischer Gesellschaften muss wachsen, besonders, weil Russland im jetzigen Zustand kein Teil eines liberalen, demokratischen Europas sein kann.





PANEL 1

WIDERSTREITENDE FREIHEITSIDEEN

Die Leitideen ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Opposition waren nicht nur vielfältig, sie gerieten nach 1989 bald auch in Spannung zueinander, wenn nicht gar in offenen Widerstreit. Freiheit ließ sich ebenso als demokratische Rechtsstaatlichkeit ausbuchstabieren wie als wiedergewonnene nationalstaatliche Souveränität. Welche Freiheitsvorstellungen wurden in den jeweiligen Gesellschaften konsensfähig und welche nicht? Welche Enttäuschungen waren möglicherweise vorprogrammiert?

MARTA BUCHOLC, WARSCHAU
EVGENIA LEZINA, POTSDAM
ANNE RABE, BERLIN
MICHAEL WERZ, WASHINGTON D.C.

MODERATION
GWENDOLYN SASSE, BERLIN

Freiheit ist eine Herausforderung, an der die ostdeutsche, wie auch die ostmitteleuropäischen Gesellschaften wachsen mussten und müssen, sie ist eine ständige Prüfung der Reife und Verantwortlichkeit, auch in den etablierteren Demokratien des Westens. Während die politische Rechte die Enttäuschungen ausnutzt, die mit den Transformationsprozessen einhergingen, herrschte bei manchen westlichen Beobachtern manchmal sogar Schadenfreude über die Rückschläge, die Transformationsgesellschaften hinnehmen mussten. In Russland blieb die Demokratisierung in ihren Ansätzen bereits in den frühen 1990er Jahren sogar ganz stecken. Anknüpfend an das vorangegangene Panel wurde in diesem Kontext nochmals die öffentliche Auseinandersetzung mit der sowjetischen Gewaltgeschichte als zentrale Voraussetzung einer freiheitlichen Entwicklung hervorgehoben. Da diese nahezu ausschließlich über zivilgesellschaftliche Akteure erfolgte, deren Spielraum bereits in den frühen 2000er Jahren systematisch eingeschränkt wurde, waren eine freiheitlich-demokratischen Entwicklung enge Grenzen gesetzt.

Thematisiert wurde auch, dass der Westen häufig ausblendet, wie sehr die tiefgreifenden Veränderungen seit 1989 auch in den westlichen Ländern immer größere Bruchstellen und Umwälzungen verursachten. So musste auch der Westen lernen, dass sich die universelle Freiheitsidee erschöpfte und Wohlstand allein nicht alle gesellschaftlichen Bedürfnisse erfüllt.





PANEL 2

GERECHTIGKEIT UND ÖKONOMIE IN DER TRANSFORMATION

So unterschiedlich wie die ökonomischen Umstände in den staatssozialistischen Diktaturen am Ende der 1980er Jahre waren, so unterschiedlich verlief der Übergang in die Marktwirtschaft. Dramatisch war der Umbruch allerdings überall, und die Verlierer überwogen die Gewinner zunächst bei weitem. Das Panel beleuchtete schlaglichtartig die gesellschaftlichen Bilanzen wirtschaftlicher Transformation. Wie weit gilt noch heute die Annahme, dass wirtschaftliche Prosperität und gerechte Teilhabe als notwendige, allerdings keineswegs hinreichende Bedingungen demokratischer Stabilität gelten müssen?

STEFFEN MAU, BERLIN
VIKTORIYA SEREDA, L'VIV / BERLIN
VERA ŠČEPANOVIĆ, LEIDEN

MODERATION
ALEXANDER LIBMAN, BERLIN

Zwei zentrale Erfahrungen, die im Osten Europas und Deutschlands gemacht wurden, wurden auf dem Panel hervorgehoben: die Demokratisierung war begleitet durch wirtschaftlichen Niedergang und Entbehrungen, die lange Zeit im Westen nicht gesehen wurden und die bis heute fortwirken. Zugleich konnten – anders als in Ostdeutschland – die ostmitteleuropäischen Gesellschaften die wirtschaftliche Talfahrt als eigene nationale Erfahrung verarbeiten: in eigenverantworteten Prozessen waren sie Herr über die eigenen Fehler. Man war souverän in der Krise. Diese Erfahrung wird in der ostdeutschen Gesellschaft so kaum formuliert, hier ist vielmehr meist von Übernahme und Fremdbestimmung die Rede. Ein tiefer Argwohn gegenüber Institutionen und staatlichen Strukturen ist hingegen in allen diesen Transformationsgesellschaften stark verwurzelt. Nur selten mündet er in starkes zivilgesellschaftliches Engagement, wie es beispielsweise in der Ukraine seit 2013/14 (Euromaidan) der Fall ist. Die seit einiger Zeit zunehmende Prosperität in den Transformationsgesellschaften geht somit nicht mit einer wachsenden Akzeptanz von demokratischen Institutionen und Prozessen einher. Mentalitäten sind schwierig zu verändern.





PANEL 3 STREIT UM DEN RECHTSSTAAT

Das Bekenntnis zum Rechtsstaat scheint brüchig geworden und dies keineswegs nur im östlichen Europa. Auf autoritäre oder populistische Strömungen hinzuweisen, reicht als Erklärung kaum aus. Wo sich Kulturkämpfe auf unterschiedliche Lesarten von Rechtsstaatlichkeit zuspitzen, rückt die Frage, wie liberale Demokratien auf gesellschaftliche Verschiebungen reagieren und sich aus sich selbst heraus erneuern können, in den Hintergrund. Stehen deren Grundlagen in Europa denn tatsächlich zur Disposition?

ADAM BODNAR, WARSCHAU

PHILIP MANOW, BREMEN

MODERATION

KAI-OLAF LANG, BERLIN

Das Panel erörterte, auch unter Bezug auf die vorangegangenen Diskussionen, die unterschiedlichen Ausgangslagen für Ausformungen und Praktiken des Rechtsstaats im Osten Europas bei gleichzeitiger Erkenntnis, dass eben dieser erst im Werden befindliche Rechtsstaat zugleich die Transformation und den politischen Integrationsprozess absichern muss. Die Herausforderungen sind dort am größten, wo Regierungen oder politische Parteien die Aushöhlung des Rechtsstaats zum Ziel einer „zweiten Transformation“ oder einer „Vollendung der Wende“ erklären, und wo Verfassungsgerichte als politische Erfüllungsgehilfen fungieren. Diese Politisierung schwäche das Recht, fördere Korruption und stärke wiederum populistische Narrative, so die Panelisten.







PANEL 4 KULTURKÄMPFE IN DER DEMOKRATIE

Klimawandel, Geschlechtervielfalt, Migration – können wir darüber eigentlich noch konstruktiv streiten? Die Idee diskursiver Rationalität und demokratischen Interessenausgleichs scheint an Grenzen zu stoßen, wenn es um das Ganze geht. Wieviel Pluralität verkraftet unsere europäische Demokratie?

ANDREA PETŐ, WIEN / BUDAPEST
PIOTR STASIŃSKI, WARSCHAU
JULIA FRIEDRICHS, BERLIN
AXEL SALHEISER, JENA

MODERATION
HOLLY CASE, PROVIDENCE

Kulturkämpfe verstanden als das Abarbeiten an Feindbildern, in dem politische Agenden zusammenfließen, aber keine Auseinandersetzung um Sachfragen stattfindet, werden zur Belastung demokratischer Prozesse. Populisten in Regierungsverantwortung nutzen die Staatsmedien als Einfallstor für Propagandanarrative und Desinformation. Die sozioökonomische Ungleichheit und die Entfremdung von der demokratischen Kultur und den Institutionen legen die Grundlage für diesen Kulturkampf, ohne aber selbst im Mittelpunkt zu stehen. Stattdessen sind Auseinandersetzungen wie beispielsweise über die Frage geschlechtersensibler Sprache mehr Scheinkampf als tatsächliches Problem. Es sind Scheindebatten, die als „Aufregerthema“ den Diskurs dominieren, ohne dass grundlegende strukturelle Probleme gelöst werden. Das Resultat ist, wie gerade im Osten Deutschlands oder auch in Polen, keine generelle Spaltung der Gesellschaft, aber eine immer stärkere Fragmentierung in verschiedene Milieus. Dabei suggerieren allerdings insbesondere Rechtspopulisten eine harte Polarisierung der Gesellschaft über diese Kulturkämpfe („Wir gegen die“).



KU
and
the
the
the
the
Moderator: Tony
CULTURE WARS



GESPRÄCH OSTDEUTSCHE ERFAHRUNGEN – JENSEITS VON APOLOGIE UND DESINTERESSE

Ostdeutsche Erfahrungen seien gesellschaftlich nicht hinreichend präsent, so eine vielfach geäußerte Einschätzung. An zeithistorischer Forschung dazu mangelt es nicht, nur übersetzt sich diese kaum in gesellschaftliches Bewusstsein und politische Debatten. Belletristische Literatur mit ihren Freiheiten und dem Anspruch, fremde Erfahrungen fassbar zu machen, kann diese Lücke füllen.

**LUTZ RATHENOW, DRESDEN / BERLIN
KATHARINA WARDA, BERLIN
DANIEL SCHULZ, BERLIN**

**MODERATION
AXEL DOSSMANN, JENA / BERLIN**

Das Panel bot tiefe Einblicke in ostdeutsche Gewaltkulturen und ihre rassistische Ausprägung in den 1990er Jahren. Das offene, selbstreflexive Gespräch eröffnete andere Erfahrungsschichten jenseits der Zumutungen existenzieller wirtschaftlicher und biographischer Umbrüche und zeigte zugleich vielfältige Zusammenhänge. Sichtbar wurden die Konturen einer Debatte, in der Ostdeutsche die Hoheit über ihre jeweiligen Biographien zurückgewinnen und diese in eine übergreifende gesellschaftliche Selbstverständigung einbringen können.



LESUNG & GESPRÄCH

TANJA MALJARTSCHUK IM GESPRÄCH
MIT KATERYNA RIETZ-RAKUL

(VERANSTALTUNG IN KOOPERATION MIT DEM UKRAINISCHEN
INSTITUT IN DEUTSCHLAND)

Krieg wirft immer auch die Frage nach der Rolle von Literatur und ihrer Autorinnen und Autoren auf. Einige entschieden sich, das Schreiben aufzuschieben und sich neuen Aufgaben zu widmen: sich freiwillig zur Armee zu melden, Spenden zu sammeln, Kriegsverbrechen zu dokumentieren und vieles mehr. Für andere wurde das Schreiben zu einem Mittel, die Wahrheit zu verbreiten und die Erinnerung an die Ereignisse wach zu halten.

Wie kann Kultur die Gräueltaten überleben? Wie hat sich die Haltung der deutschen Kulturgemeinschaft gegenüber der ukrainischen Kultur während des Krieges verändert? Wie kann und soll Solidarität gezeigt werden, um ukrainische Kultur weiter in einen europäischen Kontext zu integrieren?

Das diskutierte die Leiterin des Ukrainischen Instituts in Deutschland Kateryna Rietz-Rakul mit der ukrainischen Schriftstellerin Tanja Maljartschuk, die unter anderem aus ihrem 2022 erschienen Essayband „Gleich geht die Geschichte weiter, wir atmen nur aus“ las.

Die Veranstaltung fand im Gedenken an die ukrainische Schriftstellerin Viktoria Amelina statt, die am 1. Juli 2023 ihren schweren Verletzungen erlag, die sie durch einen russischen Raketenangriff in Kramatorsk am 27. Juni erlitten hatte.







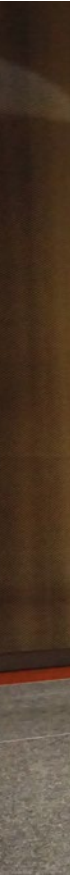
PANEL 5 KRIEG, NATION UND GEDÄCHTNIS- VERSCHIEBUNG

Rechtspopulismus, nationalistische Geschichtspolitiken und – mit besonderer Wucht und Skrupellosigkeit – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lenken den Blick derzeit wieder auf die Schattenseiten historischen Erinnerns, die eine emphatische Erinnerungsrhetorik ausblendet: die politische Mobilisierung und Funktionalisierung von Geschichte für macht- und geopolitische Zwecke. Kommt das (transnationale) postheroische Gedächtnis in Gestalt der Wiederbelebung (ultra-)nationalen, zu verantwortendes Unrecht marginalisierenden heroischen Erinnerns an sein Ende? Welchen Platz bliebe dann für das mittlerweile weitgehend ins Exil gedrängte russische kommunistische- und putinkritische Gedächtnis?

MARTIN SCHULZE WESSEL, MÜNCHEN
IVAN KURILLA, ST. PETERSBURG
DARIUSZ STOLA, WARSCHAU

MODERATION
SYBILLE STEINBACHER, FRANKFURT A. M.

Nicht erst der russische Angriffskrieg und die Art, wie Putin die russische und sowjetische Geschichte ausschlachtet, bedrohen die postheroischen, transnationalen und vielfältig kritischen Erinnerungsformen in Europa. Populisten und autoritäre Kräfte setzen ebenfalls bewusst nationale Geschichtsnarrative, die Widersprüche und Brüche in der historischen Erfahrung ausblenden. Kritisches und reflexives Erinnern an die Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts gerät allerorten in die Defensive. Zugleich betonen die Diskutanten, dass der Krieg in der Ukraine neue ambivalente Formen des Erinnerns hervorbringt und selbst in Russland eine Rückkehr des kritischen historischen Erinnerns nicht ausgeschlossen ist.







PANEL 6 WAR DEUTSCHLAND ZU SELBSTSICHER?

„Europas schlafender Riese“ – dem wiedervereinten Deutschland kommt in zurückliegenden wie in den anstehenden europäischen Transformationsprozessen eine gewichtige Rolle zu. Das Panel blickte in kritischer Selbstreflexion zurück auf mögliche Fehlstellen deutscher Politik in den vergangenen drei Jahrzehnten und zog politische Schlussfolgerungen für die Gegenwart.

RAPHAEL GROSS, BERLIN
PIOTR BURAS, WARSCHAU
MARKUS MECKEL, BERLIN

MODERATION
SONJA ZEKRI, BERLIN

Deutschlands Selbstsicherheit spiegelt sich in seine außenpolitische Bilanz nach 1989. Auf der einen Seite standen die starke Fixierung auf Moskau und das völlige Primat der Ökonomie im Umgang mit dem Osten Europas. Auf der anderen Seite begnügte sich Deutschland mit der eigenen Erfolgsgeschichte als Musterknabe des postnationalen Zeitalters und begegnete den ostmittel-europäischen Nachbarn, aber auch den Erfahrungen der DDR-Bevölkerung, weitestgehend mit Desinteresse. Deutschland, so konstatiert das Panel, scheut die Führungsrolle in Europa, unter Verweis auf die Geschichte aber auch aus politischer Risikoscheue. Die Zeitenwende verlange von Deutschland als Führungskraft – und nicht als Hegemon – in Europa aufzutreten.





PANEL 7

HERAUSFORDERUNGEN UND DILEMMATA DEMOKRATISCHER WEHRHAFTIGKEIT

Demokratien müssen wehrhaft sein, nach innen wie nach außen, gegenüber antidemokratischen Akteuren und Bestrebungen im Inneren von Staat und Gesellschaft ebenso wie gegenüber Angriffen auf Demokratien und demokratische Werte aus dem Ausland. Nicht immer sind beide Aspekte trennscharf auseinanderzuhalten, wenn etwa demokratische Meinungsbildung im Internet manipuliert wird. Wo endet heute die Meinungsfreiheit? Wie weit tragen etablierte Schutzmechanismen? Welche (demokratieinkompatiblen) Rückwirkungen militärischer Verteidigung von Demokratien sind in Rechnung zu stellen?

RALF FÜCKS, BERLIN
OLEKSANDRA MATWIJTSCHUK, KYÏV
MAREK PRAWDA, WARSCHAU
VALENTINA PISANTY, BERGAMO

MODERATION
THOMAS KRÜGER, BERLIN

Wehrhaftigkeit diskutierte das Panel in einem doppelten Wortsinn. Zum einen in der Form der Widerstandskraft der Ukraine, die verdeutlicht, dass erst Menschen die Demokratie resilient machen. So beispielsweise, wenn Soldaten und Zivilisten auch angesichts drohender Vernichtung von all ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, die Gesellschaft zu schützen, obwohl es, etwa bei der Ahndung russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine, keine Verlässlichkeit des Rechts gibt. Die Wehrhaftigkeit der europäischen Demokratien wiederum hängt auch am Kampf um die Deutung des Jahres 1989. Sie erfordert eine Erneuerung des europäischen Gedankens und ein Bekenntnis zur europäischen Schicksalsgemeinschaft. Zugleich müssen diese Demokratien die Folgen neo-liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftsformen verkraften, die auf Flexibilität, Anpassungsbereitschaft und individuelle Resilienz angelegt sind und sozialen Zusammenhalt zu untergraben drohen. Demokratien brauchen Fortschrittserzählungen, sie müssen greifbare Resultate liefern und zugleich ihre eigenen Institutionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, Verkehr, etc. stärken. Die Krisenhaftigkeit unserer Zeit lässt Demokratien oft in einer Art Notfallmodus agieren, der zu häufig kontroverse politische Diskurse vermeidet. Gerade diese aber müssen geführt werden.



ZUKUNFTSZENTRUM

Die Einrichtung des Zukunftszentrums geht auf einen Vorschlag der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“¹ im Jubiläumsjahr 2020 zurück. Der Vorschlag war aus dem Gedanken hervorgegangen, dass die Lebensleistungen der Ostdeutschen in den Jahren der Friedlichen Revolution und der Transformation von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor allem in den 1990er Jahren nicht ausreichend gewürdigt wurden und auch viele Menschen in Westdeutschland zu wenig über diese Zeit wissen. Ziel ist durch Forschungsvorhaben, Ausstellungsangebote sowie Diskurs- und Dialogformate den engen Zusammenhang der deutschen Einheit und der Transformation in Europa im gemeinsamen Austausch, vor allem mit der Bevölkerung Mittel- und Osteuropas, zu thematisieren und Strategien für die Transformationsprozesse der Gegenwart und Zukunft zu entwickeln. Hiermit soll ein Beitrag zur Stärkung der repräsentativen Demokratie und des Zusammenhalts in Europa geleistet werden.

Seit der Standortentscheidung laufen die Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der Trägerinstitution sowie zur Errichtung des Neubaus. Bis 2028 soll am Standort Riebeckplatz in Halle (Saale) das Zukunftszentrum in einem eigenen Gebäude mit herausragender Architektur entstehen. Das Zukunftszentrum soll ein öffentlicher und niedrigschwellig zugänglicher Ort sein, der ein Angebot an überregionale und internationale Besucher macht, aber zugleich auch unabhängig von Veranstaltungen oder Ausstellungen zum Aufenthaltsort für die Bevölkerung von Halle (Saale) und Umgebung wird.

Erste inhaltliche Angebote wurden bereits 2023 gemacht und Netzwerke gespannt. Im Juli 2023 führte das Imre Kertész Kolleg (Universität Jena) die Konferenz „1989 und die Zukunft Europas“ durch, die in der hier vorliegenden Broschüre dokumentiert ist. Das Imre Kertész Kolleg „Europas Osten im 20. Jahrhundert“ hat in den letzten zwölf Jahren mit seinem umfangreichen Fellow-Programm und über 150 Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler ein wissenschaftliches Netzwerk im östlichen Europa geschaffen, das von Ostmitteleuropa über Südosteuropa bis in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion reicht. Es ist ein in dieser Form einzigartiges Netzwerk, was es uns erlaubt hat die Tagung der der Form miteinander durchzuführen.

Das Zukunftszentrum grenzt sich von bereits existierenden Institutionen dadurch ab, dass die drei Elemente Wissenschaft & Forschung, Dialog & Beteiligung und Kultur & Kunst hier integrativ gedacht werden. Sie sollen nicht isoliert voneinander arbeiten, sondern sich gegenseitig fordern und Anregungen bieten, Synergien ausloten und ausschöpfen. Die Forschung inspiriert den Dialog, der Diskurs die Wissenschaft, und die Kunst reflektiert was in den anderen

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/abschlussbericht-kommission-30-jahre.html>

Bereichen erarbeitet wird. Das Zentrum soll eine Orientierung in Hinblick auf Transformation bieten, die über den historischen Aspekt hinausgeht, gegenwärtige und zukünftige Transformation(erfahrungen) soll klar eingeschlossen sein. Inhaltlich ist es auch auf die Vernetzung von dezidiert deutsch-deutschen sowie mittel- und osteuropäischen Erfahrungen und Betrachtungen angelegt. Trotz der unterschiedlichen Ausgangslage des deutsch-deutschen Wiedervereinigungsprozesses im Vergleich zu den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Transformationserfahrungen ein verbindendes Element. Sie können zum gegenseitigen Verständnis und zur Erarbeitung gemeinsamer Positionen beitragen und somit zu einer tieferen europäischen Integration führen.

Ganz konkret übersetzt bedeutet dies, das Zukunftszentrum soll

a) auf der Grundlage der seit 1990 gemachten Erfahrungen, insbesondere in Ostdeutschland sowie den mittel- und osteuropäischen Staaten, ein besseres Verständnis für Transformationsprozesse schaffen und die Ergebnisse für gegenwärtige und zukünftige Transformationsherausforderungen nutzbar machen. In einem „Zukunftslab“ sollen Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern wissenschaftlich niedrigschwellig beleuchtet werden. (Bereich Wissenschaft);

b) Ort und Impulsgeber für gesellschaftliche Dialoge und Diskurse sein: Im Rahmen von Dialogformaten soll historischen, gegenwärtigen und zukünftigen zivilgesellschaftlichen Erfahrungen bzw. Herausforderungen der europäischen Transformation und der deutschen Einheit Raum für Diskurs und Austausch gegeben werden. (Bereich Dialog);

c) eigenständig Kultur- und Ausstellungsformate entwickeln, anhand derer der öffentliche Dialog in der Gesellschaft gefördert und die Sichtbarkeit individueller Transformationserfahrungen erhöht wird (Bereich Kultur). So ist das geplante *Archiv der Transformation* ein Ort wo die Menschen ihre Erfahrungen und Biografien erzählen können.

Das Zukunftszentrum soll neue Kooperationen in seinen Fachgebieten aufbauen und als Vernetzer mit überregionaler Strahlkraft agieren. Es bindet aktiv die Öffentlichkeit, insbesondere Bürgerinnen und Bürger – als zentrale Beteiligte für die Gestaltung und Akzeptanz von Transformationsprozessen –, sowie zahlreiche weitere Akteure (regional, national, international) in die eigene Arbeit ein. Das Zukunftszentrum wird damit auf Basis historischer Prozesse und politischer Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zu einem Knotenpunkt für die Reflexion und Gestaltung von gegenwärtigen Transformationsprozessen in Deutschland und Mittel- und Osteuropa. Es soll ein Ort werden, der einlädt, gern da zu sein, sich zu informieren, zu diskutieren, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, und gemeinsam über Zukunft nachzudenken, über alle Generationen hinweg.









TEILNEHMER:INNEN*

Adam Bodnar ist Professor für Rechtswissenschaften und Dekan der juristischen Fakultät der SWPS-Universität in Warschau. Er ist außerdem Gastprofessor an der Universität zu Köln. In den Jahren 2015 bis 2021 war er polnischer Ombudsmann (Beauftragter für Bürgerrechte). Derzeit ist er in den Beiräten des World Justice Project, der World Organization Against Torture, Liberties und International IDEA tätig. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Ausschusses der EU-Grundrechteagentur und des ODIHR-Expertengremiums für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Henri de Bresson ist ein französischer Journalist, der sich auf europäische Themen spezialisiert hat. Von 1980 bis 1983 war er Korrespondent in Washington, D.C. und arbeitete ab 1984 anschließend für 24 Jahre bei der Zeitung *Le Monde*. Als Korrespondent in Deutschland war er in Bonn (1984 bis 1987) und später in Berlin (1989 bis 1994) stationiert. In den Jahren 1987 bis 1989 berichtete er über ganz Osteuropa und erlebte das Ende der kommunistischen Ära, insbesondere in Polen. 1995 kehrte er nach Paris zurück, um bei *Le Monde* europäische Themen zu koordinieren, die 10 Jahre später auf seinen Wunsch hin in das politische Ressort integriert wurden. Danach wurde er stellvertretender Leiter des Frankreich-Europa-Ressorts der Zeitung, bis er sie Ende 2008 verließ. Im Jahr 2001 veröffentlichte er das Buch *La nouvelle Allemagne*. Später war er Chefredakteur der Zeitschrift *ParisBerlin*. Er ist Mitarbeiter der Online-Publikation „Boulevards Extérieur“, die internationale Angelegenheiten und politische Entwicklungen verfolgt.

Marta Bucholc ist Professorin für Soziologie an der Universität Warschau und Chercheuse Associée am Center de recherche en science politique an der Universität Saint-Louis, Brüssel. Sie arbeitet zu Fragen von Rechtsstaatlichkeit, Frauenrechten und der polnischen Gesellschaft nach 1989. Derzeit leitet sie das ERC Consolidator Projekt ABORTION FIGURATIONS an der Universität Warschau, wo sie Menschenrechtsfragen und die polnischen Abtreibungsgesetze in einer internationalen Perspektive untersucht. Marta Bucholc leitet das polnische Team im Projekt „Towards Illiberal Constitutionalism in East Central Europe: Historical Analysis in Comparative and Transnational Perspective“, einem von der Volkswagen Stiftung geförderten Verbundprojekt, das am Imre Kertész Kolleg angesiedelt ist. In den Jahren 2015 bis 2020 arbeitete sie als Forschungsprofessorin am Käte Hamburger Kolleg „Recht als Kultur“ an der Universität Bonn.

Piotr Buras ist Journalist, Autor und Experte für deutsche und europäische Politik. Er ist Leiter des Warschauer Büros des European Council on Foreign Relations und war von 2008 bis 2012 ständiger Korrespondent der *Gazeta Wyborcza* in Berlin. Seine berufliche Laufbahn begann er in den späten 1990er Jahren am Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, einem der ersten polnischen Think-Tanks, gefolgt von Stationen am Institut für Germanistik der Universität Birmingham, an der Universität Wrocław und als Visiting Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er ist der Autor von *Muslims und andere Deutsche. Die Neuerfindung der Berliner Republik* (2011).

* Stand Juli 2023

Holly Case ist Professorin für Europäische Geschichte an der Brown University, Providence, Rhode Island. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen Außenpolitik, Sozialpolitik, Wissenschaft und Literatur im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts. Ihr erstes Buch *Between States: The Transylvanian Question and the European Idea during WWI* (2009) zeigt, wie die Perspektiven der Kleinstaaten den Kampf um die Vorherrschaft zwischen den europäischen Großmächten beeinflussten. Sie schrieb auch *The Age of Questions: Or, A First Attempt at an Aggregate History of the Eastern, Social, Woman, American, Jewish, Polish, Bullion, Tuberculosis, and Many Other Questions over the Nineteenth Century, and Beyond* (2018). Case hat in verschiedenen Zeitschriften und Zeitungen über europäische Geschichte, Literatur, Politik und Ideen publiziert.

Axel Doßmann, geb. 1968 in Berlin-Prenzlauer Berg, Historiker, Dr. phil., arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Jenaer Universität. Er forscht und lehrt vor allem zur Geschichte und audio-visuellen Darstellung von Nationalsozialismus und Kommunismus, zur Geschichte von Zeugenschaft im 20. Jahrhundert sowie zur Kulturgeschichte von Autobahnen, Baracken und Containern. 2018 publizierte er gemeinsam mit Susanne Regener *Fabrikation eines Verbrechers* (Spector Books Leipzig), eine Visual History über rassistische Menschenbilder und Fake News im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik. Zurzeit konzipiert er das fotohistorische Projekt *Arbeit, Glück und Migration in ostdeutschen Gesellschaften, 1961-2001*.

Julia Friedrichs ist Journalistin, Autorin und Filmemacherin. Ihr Themenschwerpunkt ist soziale Gerechtigkeit. Sie hat hierzu mehrere Werke wie *Deutschland dritter Klasse* (2009), *Ideale – auf der Suche nach dem, was zählt* (2011), *Wir Erben: Was Geld mit Menschen macht* (2015) oder *Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können* (2021) publiziert. Als Filmautorin befasst sie sich mit dem Problem der Einkommens- und Vermögensverteilung, und hat unter anderem zu den Folgen der Einführung von Hartz IV recherchiert. In der Reihe „docu(y)“ (ARD/WDR), die sowohl mit dem Grimme-Preis als auch dem Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus ausgezeichnet wurde, beschäftigte sie sich mit Konzepten von Reichtum, Identität und Digitalisierung.

Ralf Fücks ist Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne in Berlin. Davor leitete er 21 Jahre lang die Heinrich-Böll-Stiftung; war Bundesvorsitzender der Grünen und Senator für Umwelt und Stadtentwicklung in Bremen. Ralf Fücks publiziert in deutschen und internationalen Medien zu Fragen nachhaltiger Entwicklung, politischer Strategie und internationaler Politik. Seine Bücher *Intelligent Wachsen. Die grüne Revolution* (2013) und *Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen* (2017) erschienen beide im Hanser Verlag. 2019 gab er gemeinsam mit Thomas Köhler den Sammelband *Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern* im Verlag der Konrad-Adenauer-Stiftung heraus.

Raphael Gross ist seit 2017 Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum in Berlin und unterrichtet an der Fakultät für Geschichte, Kunst- und Orientalwissenschaften der Universität Leipzig. Davor leitete er als Direktor das Leo Baeck Institute in London (2001 bis 2015), das Jüdische Museum in Frankfurt am Main (2006 bis 2015), das Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt am Main (2007 bis 2015) sowie das Simon-Dubnow-Institut für jüdische Kultur und Geschichte in Leipzig, wo er gleichzeitig den Lehrstuhl für Jüdische Geschichte an der Universität Leipzig innehatte (2015 bis 2017). Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels berief Raphael Gross am 30. Januar 2020 in den Stiftungsrat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels.

Volkhard Knigge, geb. 1954 in Bielefeld, ist Historiker, Geschichtsdidaktiker und Ausstellungsmacher mit psychoanalytischer Ausbildung. Von 1994 bis 2020 war er Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, wo er für die Neukonzeption der Gedenkstätten verantwortlich zeichnete; von 2008 bis 2020 war er zudem Lehrstuhlinhaber für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er kuratierte zahlreiche Ausstellungen und publizierte einschlägig zur Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie zur Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in Deutschland. Zuletzt erschien *Jenseits der Erinnerung – Verbrechen Geschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem Ende der Zeitgenossenschaft* (2022). Für seine Arbeit erhielt Volkhard Knigge nationale und internationale Auszeichnungen.

Thomas Krüger ist seit Juli 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er begann seine politische Karriere 1989 als eines der Gründungsmitglieder der Sozialdemokraten in der DDR (SDP) und blieb bis 1990 deren Geschäftsführer in Berlin (Ost) sowie Mitglied der Volkskammer in der DDR. Von 1990 bis 1991 war er Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters in Ost-Berlin und Stadtrat für Inneres beim Magistrat Berlin und in der Gemeinsamen Landesregierung. Von 1991 bis 1994 war er Senator für Jugend und Familie in Berlin, 1994 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Thomas Krüger war und ist im kulturellen wie im sozialen Bereich aktiv. Er ist Mitglied des Forschungsbeirats des ifa-Forschungsprogramms *Kultur und Außenpolitik*, des Kuratoriums der Kulturstiftung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), des Rats für kulturelle Bildung sowie des Kuratoriums *Kulturhauptstadt Dresden 2025*.

Ivan Kurilla ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der Europäischen Universität in St. Petersburg. Er verteidigte seine beiden Dissertationen am Institut für Weltgeschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften. Er war Fulbright-Stipendiat am Dartmouth College (2001 und 2002) und Research Fellow an der George Washington University (2012 und 2013). Seine Forschung konzentriert sich auf die Geschichte der amerikanisch-russischen Beziehungen und auf die Bedeutung von Geschichte in zeitgenössischen Gesellschaften. Ivan Kurilla verfasste Monografien auf Russisch sowie zahlreiche Artikel auf Englisch, Russisch und in anderen Sprachen. Zuletzt erschien *Bitva za proshloe: Kak politika menyaet istoriyu* (Kampf um die Vergangenheit: Wie Politik Geschichte verändert, 2022). Er ist Mitherausgeber der Edition *Russian/Soviet Studies in the United States, Amerikanistika in Russia: Mutual Representations in Academic Projects* (Lexington, 2016).

Kai-Olaf Lang, promovierter Politikwissenschaftler, ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin. Er arbeitet zur Außen-, Sicherheits- und EU-Politik der mittel- und osteuropäischen Länder und des Baltikums. Bevor er zur SWP kam, war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln. Er ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Kopernikus-Gruppe. Aktuell publiziert er zu Fragen der europäischen Integration der Ukraine und der notwendigen Neuausrichtung der Östlichen Partnerschaft.

Evgenia Lezina ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin. Sie arbeitet derzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeitgeschichte in Potsdam an dem Projekt *Die politischen und machtpolitischen Ressourcen der sowjetischen Staatssicherheit. KGB-Strukturen, Praktiken und Methoden in den letzten Jahrzehnten der Sowjetunion*. Zwischen 2014 und 2018 arbeitete sie als Senior Research Fellow am Levada Center. Als Gastwissenschaftlerin verbrachte sie längere Zeit am Imre Kertész Kolleg Jena (2016), bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin (2012 bis 2013) und am Davis Centre for Russian and Eurasian Studies, Harvard University, Cambridge (2008). Neben der Geschichte der sowjetischen Geheimpolizei sind ihre Forschungsinteressen die demokratischen Transformationen in ehemaligen Diktaturen, Transitional Justice, Geschichtspolitik und -kulturen im postkommunistischen Mittel- und Osteuropa.

Alexander Libman ist seit 2020 Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland an der Freien Universität Berlin. Er ist assoziierter Experte am SPCE HUB (Sustainable Partnerships across Central Eurasia and Europe) und hat den Co-Vorsitz des Arbeitskreises Europastudien und Regionalismus (AKER) der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) inne, beides seit 2021. Er ist Mitautor des Hintergrundpapiers zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2022) und Berater für das DAAD-Papier *KIWI IMPULS Die deutsch-russische Roadmap* (2021). Seine Forschungsinteressen erstrecken sich über beide Disziplinen, die Politik- und die Wirtschaftswissenschaft mit einem besonderen Interesse am post-sowjetischen eurasischen Raum und Russland, sowie der inneren und internationalen Dimension autoritärer Regime. Er hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, darunter auch Werke in russischer und chinesischer Sprache.

Tanja Maljartschuk, geboren 1983 in Iwano-Frankiwsk, Ukraine, studierte dort Philologie und arbeitete später als Autorin und Journalistin in Kyïv. Seit 2011 lebt sie als Schriftstellerin in Wien. 2004 erschien ihr erstes Buch mit einer Sammlung von Kurzprosa, nach vier weiteren Erzählbänden folgten die Romane *Біографія випадкового чуда* (dt. *Biografie eines zufälligen Wunders*, 2013) und *Забуття* (dt. *Blauwal der Erinnerung*, 2019). Ihre Prosa wird in viele Sprachen übersetzt und erhält internationale Auszeichnungen. Mit dem Text *Frösche im Meer* gewann Tanja Maljartschuk 2018 den Ingeborg-Bachmann-Preis. Sie schreibt regelmäßig auch Kolumnen und Essays (u. a. *Gleich geht die Geschichte weiter, wir atmen nur aus*, 2022), 2022 kuratierte sie das FORUM des Literaturfestes München.

Philip Manow ist Politikwissenschaftler und hat seit 2010 die Professur für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Bremen inne. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Neben Projekten zur vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung im In- und Ausland beschäftigt sich Manow mit den aktuellen Herausforderungen der Demokratie und des Populismus aus theoretischer und empirischer Perspektive. 2014 bis 2015 war Philip Manow Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin und 2017/2018 war er Teil des Exzellenzclusters „Kulturelle Grundlagen von Integration“ an der Universität Konstanz.

Oleksandra Matwijtschuk ist eine ukrainische Juristin, Menschenrechtsaktivistin und Vorsitzende des Center for Civil Liberties (CCL) sowie Verwaltungsratsmitglied der International Renaissance Foundation. Als Vorsitzende des CCL trägt sie mit ihrer Organisation seit über einem Jahrzehnt maßgeblich zur Stärkung der ukrainischen Zivilgesellschaft und staatlicher demokratischer Strukturen bei und setzt sich für die Förderung nationalen und internationalen Rechts ein. 2022 wurde das Center mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Ihre Arbeit zum Schutz der Menschenrechte konzentriert sich seit 2007 auf die Ukraine und Eurasien.

Steffen Mau ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind sozialer Wandel und soziale Ungleichheit. Er hat sich im Kontext seiner Arbeiten mit den Prozessen von Transnationalisierung, Europäisierung und Globalisierung beschäftigt. Gegenwärtig leitet er international vergleichende Projekte zum Wandel von Grenzregimen. Sein Buch *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* (2019) stand auf Platz 1 der Sachbuch-Bestenliste von ZDF, Die Zeit und Deutschlandfunk Kultur. 2021 erhielt er den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 2023 den Communicator-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Stifterverbandes.

Markus Meckel, geboren 1952 in Müncheberg/Brandenburg, musste 1969 die Allgemeine Oberschule aus politischen Gründen verlassen, erwarb dann am Kirchlichen Oberseminar Potsdam-Hermannswerder die Hochschulreife und studierte von 1971 bis 1978 Theologie in Naumburg und Berlin. Oppositionelle politische Arbeit in der DDR leistete er seit den 1970er Jahren. 1989 gründete er mit Martin Gutzeit die sozialdemokratische Partei (SDP) in der DDR, war deren Vertreter am Zentralen Runden Tisch und wurde 1990 nach den ersten freien Wahlen in der DDR deren Außenminister. Von 1990 bis 2009 gehörte er für die SPD dem Deutschen Bundestag an. Er bekleidet zahlreiche ehrenamtliche Funktionen in Stiftungen und Organisationen darunter Ko-Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von 2013 bis 2016 war er Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., seit Dezember 2019 Vorsitzender der deutsch-belarussischen Gesellschaft e. V. (dbg).

Andrea Pető ist Professorin im Fachbereich Gender Studies an der Central European University (Wien) und Doctor of Science (DSc) der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. 2005 wurde sie vom ungarischen Präsidenten mit dem Offizierskreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn und 2006 mit dem Bolyai-Preis der Ungarischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet. 2018 erhielt sie den ALLEA Madame de Staël Prize for Cultural Values und 2022 den Menschenrechtspreis der Universität Oslo. Andrea Petős Arbeiten zur vergleichenden europäischen Sozial- und Geschlechtergeschichte und zum Holocaust wurden in 23 Sprachen veröffentlicht. Gemeinsam mit Kollegen diskutiert sie regelmäßig in der Podcast-Reihe *Sleepwalking through the Assault on Democracy* des *Johannesburg Holocaust and Genocide Center* über die Herausforderungen und Dilemmata, mit denen Demokratien in der Welt heute konfrontiert sind.

Valentina Pisanty ist Professorin für Semiotik an der Università degli Studi di Bergamo. Sie veröffentlichte Beiträge zu Holocaust-Leugnung, Rassismus, politischer Diskursanalyse, Narratologie, Humor, interpretativer Semiotik, Rhetorik von Gedächtnisbildung und Semiotik von Zeugenschaft. Zudem verfasste sie mehrere Monographien über den Gebrauch und Missbrauch des Holocaust-Gedenkens und publizierte über die rassistische und antisemitische faschistische Zeitschrift *La difesa della razza*. Ihr neuestes Buch *The Guardians of Memory and the Return of the Xenophobic Right* (2021) ist eine provokative Untersuchung der Schwächen der vorherrschenden Holocaust-Erinnerungskultur, die oft von illiberalen und fremdenfeindlichen Kräften vereinnahmt wird.

Marek Prawda war von 2016 bis 2021 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen und von 2012 bis 2016 Ständiger Vertreter Polens bei der Europäischen Union. Zuvor war er polnischer Botschafter in Schweden und Deutschland und hatte leitende Positionen im Außenministerium inne. In den 1980er Jahren war er in der Solidarność-Bewegung aktiv. Er arbeitete an der Polnischen Akademie der Wissenschaften, wo er 1984 seine Doktorarbeit in Soziologie verteidigte. Marek Prawda publizierte über die polnisch-deutschen Beziehungen und die europäische Integration. Derzeit ist er als akademischer Dozent an der Europäischen Universität Viadrina in Frankfurt/O. und am Collegium Civitas in Warschau tätig.

Joachim von Puttkamer ist Inhaber des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit Oktober 2010 Direktor des Imre Kertész Kollegs Jena. Von 1994 bis 2002 war er wissenschaftlicher Assistent für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Im Jahr 2000 habilitierte er sich mit einer Studie zum ungarischen Nationalitätenproblem des 19. Jahrhunderts im Schulalltag. Zu seinen Veröffentlichungen zählen *Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert* (2010), die Reihe *Europas Osten im 20. Jahrhundert* (seit 2012) und die vierbändige Reihe *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century* (2020 bis 2022). Sein neuestes Buch *Ich werde mich nie an die Gewalt gewöhnen: Polizeibrutalität und Gesellschaft in der Volksrepublik Polen* erschien 2022.

Anne Rabe ist Dramatikerin, Drehbuchautorin und Essayistin. Ihre Theaterstücke wurden mehrfach ausgezeichnet. Als Drehbuchautorin war sie Teil der Serie „Warten auf'n Bus“. Seit mehreren Jahren tritt sie zudem als Essayistin und Vortragende zur Vergangenheitsbewältigung in Ostdeutschland in Erscheinung. „Die Möglichkeit von Glück“ ist ihr Prosadebüt, das die Geschichte einer SED-Familie erzählt. In ihrem Werk werden Fragen über die Auswirkungen eines totalitären Gesellschaftssystems auf Familien und das Individuum gestellt, und in der DDR tabuisierte Themen wie Kindesmisshandlung, sexualisierte Gewalt in den Familien und Gewalt- und Einschüchterungsprozesse in der Diktatur diskutiert.

Lutz Rathenow, 1952 in Jena geboren, wo er Geschichte und Germanistik studierte. Er leitete ab 1972 den „Arbeitskreis Literatur und Lyrik“ bis zu dessen Verbot 1975. Nach der Biermann-Ausbürgerung 1977 erfolgte im Disziplinarverfahren sein „Ausschluss vom Studium an allen Hoch- und Fachschulen der DDR.“ Bis zu seiner Übersiedlung nach Ostberlin war er Transporthilfsarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena. Sein erstes in der Bundesrepublik publiziertes Buch *Mit dem Schlimmsten wurde schon gerechnet* (1980) führte zu einem dreimonatigen Ermittlungsverfahren. Er galt fortan als politischer und literarischer Netzwerker zwischen DDR-Opposition, literarischen Szenen und West-Journalisten. Er schrieb zahlreiche Bücher, auch nach 1990, in seinem neuen Band *Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Mein Leben in Geschichten* (2023) veröffentlicht er Texte aus diesen Zeiten, auch der als Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (2011 bis 2021). Dort ging er eigene Wege und ist überzeugt, dass vor allem Kunst, Literatur, Theater und Film diverse Erfahrungen in, mit und nach der DDR nachvollziehbar gestalten.

Kateryna Rietz-Rakul (geb. 1978) studierte Anglistik und Amerikanistik in Lwiw und Berlin und promovierte anschließend in zeitgenössischer Literatur. Sie ist Dolmetscherin, Übersetzerin, Autorin und Kulturmanagerin und lebt und arbeitet in Berlin. Zuvor war sie Mitbegründerin von APES, einem Kuratorenkollektiv in Berlin. Kateryna Rietz-Rakul hat für zahlreiche internationale Kunstmagazine geschrieben und mehrere Bücher veröffentlicht, darunter einen Stadtführer über die Berliner Kulturszene, *Berlin Contemporary Art*. Als Kulturmanagerin ist sie Mitbegründerin der KULTURA e.V., der internationale Zusammenarbeit zwischen Kreativen aus der Ukraine und anderen Ländern fördert. Sie ist Leiterin der Auslandsrepräsentanz des Ukrainischen Instituts in Deutschland.

Gwendolyn Sasse ist seit 2016 die Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und seit 2021 Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war Gwendolyn Sasse Professor of Comparative Politics im Department of Politics and International Relations und der Oxford School for Global and Area Studies an der University of Oxford. Sie erhält ihre Verbindung zu Oxford als Senior Research Fellow am Nuffield College. Zudem ist die Non-Resident Senior Fellow beim Think Tank Carnegie Europe. In ihrem neuesten Buch *Der Krieg gegen die Ukraine* (2022) analysiert sie die Hintergründe des russischen Angriffs und die Folgen für die Ukraine, Russland, aber auch für den Westen.

Axel Salheiser ist seit Februar 2022 wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Zuvor war er als wissenschaftlicher Referent am IDZ u. a. am Aufbau des Standortes Jena im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) beteiligt. Er war langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena, u. a. war er zwischen 2002 und 2012 im Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ beschäftigt. 2008 promovierte er zur Rekrutierung und den Karrieren von DDR-Wirtschaftskadern. Zwischen 2012 und 2021 war Salheiser Co-Autor des *Thüringen-Monitors* – einer jährlichen Studie zu den politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Thüringens. Er ist Mitglied im KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Universität Jena.

Vera Ščepanović ist Dozentin für Internationale Beziehungen und Europäische Studien an der Universität Leiden. Sie war Stipendiatin am European University Institute, Florenz und Gastdozentin an der Central European University in Budapest. Ihre Forschung konzentriert sich auf die institutionellen Auswirkungen abhängiger Entwicklung und die Rolle der Europäischen Union als Entwicklungsakteur, sowohl in ihren Mitgliedsstaaten als auch in Drittländern. Sie forscht zu Arbeitspolitik, einschließlich des Wandels von Arbeitsverhältnissen auf Grund von Globalisierung und Digitalisierung. In ihrer Doktorarbeit untersuchte sie wie ausländische Direktinvestitionen zur hyperintegrativen Entwicklung in Ostmitteleuropa (ECE) beitragen. Zuletzt veröffentlichte sie den Artikel *Eastern Europe in the history of European integration: from the periphery to the centre?* (2023).

Irina Scherbakowa ist Germanistin und Historikerin. Sie forscht zu Oral History, Totalitarismus, Stalinismus, Gulag und sowjetischen Speziallagern in Deutschland nach 1945, zu Fragen des kulturellen Gedächtnisses in Russland und Erinnerungspolitik. Scherbakowa war Leiterin der Bildungsprogramme der *Internationalen Gesellschaft für Historische Aufklärung, Menschenrechte und Soziale Fürsorge Memorial* (Moskau) die im Februar 2022 liquidiert und ebenfalls 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Seit Mai 2023 ist sie Co-Vorsitzende der neugegründeten *International Association Memorial*. 1994 wurde sie mit dem Deutschen Katholischen Journalistenpreis, 2005 mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland und 2014 dem Carl von Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik ausgezeichnet. 2022 erhielt sie den Marion Dönhoff Preis für internationale Verständigung und Versöhnung.

Carsten Schneider, geboren 1976 in Erfurt, ist seit dem 7. Dezember 2021 Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland. Er gehört seit 1998 ohne Unterbrechung dem Deutschen Bundestag an und vertritt dort für die SPD den Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land. Schneider war von 2017 bis 2021 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Zwischen 2013 und 2017 übte er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion aus. Von 2014 bis 2017 war er stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Thüringen. 2013 schloss der gelernte Bankkaufmann sein weiterbildendes Studium „Public Policy“ an der Universität Erfurt ab. Seit Beginn seines Mandates 1998 bis 2013 gehörte Schneider dem Haushaltsausschuss des Parlaments an. Dort agierte er von 2005 bis 2013 als haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Daniel Schulz studierte Journalistik und Politikwissenschaft in Leipzig und begann 2010 seine Arbeit bei der taz, wo er heute Redakteur im Ressort Reportage und Recherche ist. Thematisch befasst er sich mit sozialen Bewegungen, Rechtsextremismus, ostdeutschen Identitäten und Osteuropa, hier vor allem mit der Ukraine. Sein Ressort war maßgeblich an der Aufklärung des sogenannten „Hannibal-Netzwerkes“ beteiligt, einer Gruppe rechtsextremistischer Personen und ihren Querverbindungen in und außerhalb von Bundeswehr und Polizei. 2018 veröffentlichte er in der taz den Essay *Wir waren wie Brüder* über das Aufwachsen in einer von rechts-extremer Jugendkultur geprägten ostdeutschen Provinz. Der Text wurde mit dem Reporterpreis und dem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. 2022 veröffentlichte der Verlag Hanser Berlin den Roman gleichen Titels. Das Buch war auf der Shortlist für den Debütpreis des Harbour Front Literaturfestivals und des aspekte-Literaturpreis des ZDF. 2023 erschien *Ich höre keine Sirenen mehr. Krieg und Alltag in der Ukraine*.

Viktoriya Sereda ist Soziologin und derzeit Senior Fellow und Leiterin des Projekts *PRISMA UKRAÏNA: Krieg, Migration und Erinnerung* am Forum Transregionale Studien, Berlin. Zuvor war sie Fellow am Imre Kertész Kolleg Jena. Seit 2020 ist sie Senior Research Fellow am Institut für Ethnologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und Professorin an der Fakultät für Soziologie der Ukrainischen Katholischen Universität, Lwiw. Von 2011 bis 2017 war sie Leiterin des soziologischen Teams für das Projekt *Region, Nation and Beyond: An Interdisciplinary and Transcultural Reconceptualization of Ukraine* der Universität St. Gallen. In den Jahren 2016 bis 2017 und 2019 bis 2020 war sie MAPA-Forschungsstipendiatin am Ukrainian Research Institute der Harvard University, wo sie einen digitalen Atlas der sozialen Veränderungen in der Ukraine nach dem Euromaidan entwickelte.

Piotr Stasiński, ist ein polnischer Journalist, Doktor der Geisteswissenschaften, Publizist und seit 2001 stellvertretender Chefredakteur der Gazeta Wyborcza. Von 1980 bis 1988 arbeitete er als Assistenzprofessor an der IBL PAN, wo er sich an der Gründung der Gewerkschaft Solidarność beteiligte. Er war Mitherausgeber der Untergrund-Wochenzeitung *Wola* (1981 bis 1988). Aufgrund seiner oppositionellen Aktivitäten war er wiederholt Repressionen ausgesetzt. Von 1989 bis 1993 war er Sekretär der Redaktion des polnischen *Nowy Dziennik* in New York und unterrichtete an der Seton Hall University Business School in South Orange, New Jersey. Seit 1993 arbeitet er als Journalist für die *Gazeta Wyborcza*, wo er zunächst das nationale und später das journalistische Ressort leitete. Im Jahr 2011 wurde er mit dem Offizierskrenz des Ordens Polonia Restituta ausgezeichnet.

Sybille Steinbacher ist seit 2017 Direktorin des Fritz Bauer Instituts und hat den Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust an der Goethe-Universität Frankfurt/Main inne. Von 2010 bis 2017 war sie Universitätsprofessorin für Zeitgeschichte/Vergleichende Diktatur-, Gewalt- und Genozidforschung an der Universität Wien. 2012 und 2013 war sie Ina Levine Invitational Scholar am Mandel Center for Advanced Holocaust Studies am United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. Im Dezember 2021 wurde sie zur Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Kuratoriums der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora berufen. Zuletzt veröffentlichte sie zusammen mit Saul Friedländer, Norbert Frei und Dan Diner *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust* (2022).

Dariusz Stola ist Professor für Geschichte am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Er ist Autor von sechs Büchern, war bei vier Büchern Mitherausgeber und hat mehr als einhundert wissenschaftliche Artikel über die politische und Sozialgeschichte Polens im 20. Jahrhundert geschrieben. Von 2014 bis 2019 war er Direktor des Museums der Geschichte der polnischen Juden, POLIN. Er ist Mitglied in wissenschaftlichen Beiräten zahlreicher Institutionen und Fachzeitschriften im In- und Ausland und gehört dem geschichtswissenschaftlichen Komitee der Polnischen Akademie der Wissenschaften an.

Katharina Warda ist Soziologin und Literaturwissenschaftlerin. Seit 2015 ist sie Fellow der Friedrich Schlegel Graduiertenschule für literaturwissenschaftliche Studien und promoviert in Berlin zur Widerständigkeit biografischer Erzählungen in Tagebuch-Blogs. Für ihre Arbeit war sie 2016/17 zu einem wissenschaftlichen Austausch an der Princeton University (USA). Sie arbeitet als freie Autorin mit Schwerpunktthemen Ostdeutschland, marginalisierte Identitäten, Rassismus, Klassismus und Punk. Seit 2021 ist sie Beiratsmitglied von *Kein Schlussstrich!*, einem bundesweiten Theaterprojekt zum NSU-Komplex. In ihrem Projekt *Dunkeldeutschland* erkundet sie die Nachwendezeit von den sozialen Rändern aus und beleuchtet blinde Flecken in der deutschen Geschichtsschreibung, basierend auf ihren eigenen Erfahrungen als Schwarze ostdeutsche Frau in der DDR und nach 1989/90.

Martin Schulze Wessel ist seit 2003 Professor für Geschichte Osteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er u. a. Sprecher der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien ist. Er ist Direktor des Collegium Carolinum und Mitglied zahlreicher Beiräte und Kuratorien, sowie binationaler Historikerkommissionen. So hatte er z. B. von 2015 bis 2022 in der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission den Vorsitz der deutschen Sektion inne. Schulze Wessel war von 2012 bis 2016 Vorsitzender des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands. Seine Forschung umspannt die Geschichte des ostmittel- und osteuropäischen Raums, mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte von Imperien, Religionsgeschichte und transnationalen Beziehungen zwischen Ost-, Mittel- und Westeuropa. 2023 erschien sein neuestes Buch: *Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte* (C.H. Beck).

Michael Werz ist Berater für Nordamerika und multilaterale Angelegenheiten der Münchner Sicherheitskonferenz in Washington D.C. und Senior Fellow am Center for American Progress. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der transatlantischen Außen- und Sicherheitspolitik, dem Nexus von Klimawandel, Migration und Ernährungssicherheit sowie Fragen gesellschaftlicher Transformation in aufstrebenden Staaten. Er war Public Policy Scholar am Woodrow Wilson International Center in Washington und John F. Kennedy Memorial Fellow am Minda de Gunzberg Center for European Studies in Harvard. Werz publiziert zu einem breiten Spektrum wissenschaftlicher und politischer Themen, darunter westliche Sozial- und Geistesgeschichte, Minderheiten in Europa und den Vereinigten Staaten, ethnische Konflikte, und Antiamerikanismus. In seinem aktuellen Forschungsprojekt *Vorgestellte Gemeinschaften* rekonstruiert er den Umgang mit Ethnizität und Rasse in den USA während des 20. Jahrhunderts.

Karolina Wigura ist Historikerin, Soziologin und politische Redakteurin von *Kultura Liberalna*, Polens führender politischer und kultureller Online-Wochenzeitung. Sie ist Dozentin am Institut für Soziologie der Universität Warschau und beschäftigt sich mit der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts, Emotionen in der Politik sowie mit der Soziologie und Ethik von Erinnerung, insbesondere mit Transitional Justice, historischer Schuld und Versöhnung. Im Jahr 2008 erhielt Wigura den Großen Pressepreis für ihr Interview mit Jürgen Habermas *Europa in der Todeslähmung*. Ihre Arbeiten wurden u. a. in *The Guardian*, *The New York Times*, *Neue Zürcher Zeitung*, *Gazeta Wyborcza* und anderen Zeitschriften veröffentlicht.

Andreas Wirsching ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem auf der Geschichte Deutschlands und Frankreichs im 20. Jahrhundert, auf der Geschichte des Kommunismus, des Faschismus und des Nationalsozialismus sowie auf der deutschen und europäischen Geschichte seit den 1970er Jahren. Zu seinen Veröffentlichungen gehört *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit* (2012), *Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989* (2015) und *Toward a New Europe? Knowledge as a Transformational Resource Since the 1970s*. Andreas Wirsching war Gastprofessor an der Washington University in St. Louis, Missouri, am Institut d'Études Politiques in Paris, an der Université de Montréal und an der Sorbonne Universität in Paris. Er ist u. a. ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München und des Wissenschaftlichen Beirates des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel.

Sonja Zekri hat in Bochum Slawistik und Geschichte studiert, danach die Henri-Nannen-Schule für Journalismus besucht und einige Jahre als freie Journalistin für Fernsehen, Radio und Printmedien gearbeitet, ehe sie 2001 zur Süddeutschen Zeitung kam. Für die SZ berichtete sie als Korrespondentin aus Moskau und Kairo und arbeitete im Feuilleton, welches sie von 2015 bis 2020, gemeinsam mit ihrem Kollegen Andrian Kreye, leitete. 2020 wechselte sie als Kulturkorrespondentin nach Berlin. In ihrer Arbeit befasst sie sich unter anderem mit den Themen Naher Osten, Osteuropa, Kultur und Religion.

Impressum

Herausgeber

Imre Kertész Kolleg,
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Gestaltung

www.werkraum-media.de

Fotos

Bundesfoto / Laurin Schmid:

S. 1, 5, 7, 9, 11, 25, 30-33, 45

Imre Kertész Kolleg Jena:

S. 13, 15, 17, 19, 21, 23, 27





IMRE KERTÉSZ KOLLEG JENA
www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de

